



FDP Bundesgeschäftsstelle
Präsidium und Bundesvorstand
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Landesarmutskonferenz
Brandenburg
c/o Der Paritätische Brandenburg
Tornowstraße 48,
14473 Potsdam

19. Februar 2010

Offener Brief der Landesarmutskonferenz Brandenburg

*Arroganz ist die Barriere der Weisheit.
(Bias von Priene, einer der Sieben Weisen Griechenlands)*

Sehr geehrte Damen und Herren Präsidiumsmitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren Vorstandsmitglieder,

Die Landesarmutskonferenz Brandenburg hat sich auf ihrer heutigen Mitgliederversammlung mit den aktuellen Verlautbarungen hochrangiger Vertreter Ihrer Partei, insbesondere denen des Parteivorsitzenden Westerwelle ausführlich auseinandergesetzt und beschlossen, sich zur Versachlichung der Auseinandersetzung an die Gremien der FDP zu wenden.

Der am 11. Februar 2010 in der Zeitung DIE WELT erschienene Namensbeitrag des FDP Bundesvorsitzenden und Außenministers Dr. Guido Westerwelle hat nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 zu den Regelsätzen nach SGB II in die dringend notwendige politische Auseinandersetzung um die Höhe der Regelsätze –insbesondere für Kinder–, die Abläufe der Antrags- und Bewilligungsverfahren sowie die generelle Frage der Leistungssysteme eine neue „Qualität“ eingeführt, die wir für zutiefst kontraproduktiv und gesellschaftspolitisch ausgesprochen gefährlich halten.

Nicht nur, dass Herr Westerwelle viele Millionen arbeitssuchende Menschen in unserem Land unter einen Generalverdacht stellt, er spielt auch Arbeitsbesitzer und Arbeitsverlierer bewusst gegeneinander aus, wenn er schreibt: „Die Leichtfertigkeit im Umgang mit dem Leistungsgedanken besorgt mich zutiefst“.

Uns als Vertreter einer der größten Landesarmutskonferenzen, die dicht an der Lebensrealität benachteiligter Menschen dran ist, besorgt vielmehr die „Leichtigkeit“, mit der Herr Westerwelle die Grundlagen unseres Sozialstaates zur Disposition stellt und wir fragen ihn:

- Haben Sie schon einmal den Versuch unternommen, mit einem Familienvater ins Gespräch zu kommen, der seinen Arbeitsplatz verliert, weil der Konzern „umstrukturiert“ und seinen Standort in Deutschland schließt?

- Können Sie sich die Scham einer alleinerziehenden Mutter vorstellen, die zusätzlich zu ihrem Gehalt Grundsicherung beantragen muss, weil es in Deutschland an einem gesetzlichen Mindestlohn fehlt und ihr Einkommen nicht zum Unterhalt für die Familie ausreicht?
- Oder können Sie sich in die Lage einer Rentnerin versetzen, die nach einem arbeitsreichen Leben in prekären Beschäftigungsverhältnissen ergänzend zur (vorgezogenen und damit geminderten) Rente Leistungen der Grundsicherung beantragen muss?

Herr Westerwelle wäre gut beraten, mit den betroffenen Menschen zu sprechen statt über sie den Stab zu brechen. Wir brauchen in Deutschland eine seriöse politische und öffentliche Debatte, die sich den Realitäten nicht verschließt, den gesellschaftlichen Ausgleich sucht und rein finanzpolitischen Erwägungen den Schutz der Würde des Einzelnen gegenüber stellt. Wer die dramatische Zunahme von Armut in diesem Land ignoriert, wie sie erst jüngst wieder das Deutsche Wirtschaftsinstitut bestätigt hat oder unreflektiert einer Absenkung der Grundsicherung mit Verweis auf das Lohnabstandsgebot das Wort redet, handelt zynisch. Er darf sich dann wohl auch nicht wundern, wenn das Bundesverfassungsgericht erneut tätig wird...

Wir fordern Sie auf, sich innerhalb Ihrer Partei ein klares Bild über die Lebenssituationen der Menschen in Deutschland zu verschaffen. Eine ehrliche Beurteilung der Lebenswirklichkeit der betroffenen Menschen müsste auch Herrn Westerwelle zu dem Schluss kommen lassen, dass nur eine Erhöhung der Regelsätze ein menschenwürdiges Existenzminimum mit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Wenn Herr Westerwelle und Ihre Partei wirklich etwas dafür tun wollen, dass sich Arbeit wieder lohnt, dann setzen Sie sich künftig dafür ein, dass alle erwerbstätigen Menschen von ihrem Lohn gut leben können.

Sehr geehrte Damen und Herren, wirken Sie auf den Bundesvorsitzenden und Außenminister Guido Westerwelle ein, sich für seine beschämenden Ausführungen bei den Betroffenen zu entschuldigen und endlich zur gebotenen und erforderlichen Sachlichkeit in dieser politischen Debatte zum Wohle der Bürger zurück zu kehren.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Kaczynski
Sprecher Iak Brandenburg

Anne Böttcher
stellv. Sprecherin Iak Brandenburg